

Neustadt:
Dresden,
Markt, Nr. 2,
in der Ver-
lags-Expedi-
tion zu haben.

Sächsische Dorfzeitung.

Preis:
vierteljährlich
12½ Rgr. Zu
beziehen durch
alle Post-An-
stalten.

Ein unterhaltendes Wochenblatt für den Bürger und Landmann.

Redacteur: Friedrich Walther. — Verlag von Heinrich und Walther.

Politische Weltschau.

Deutschland. Bei dem gegenwärtigen verworrenen Stande der deutschen Angelegenheiten, ist es nicht ohne Interesse, die Stimmung derjenigen Organe etwas näher in's Auge zu fassen, welche zeither für Preußen und seine Union in's Feuer zu gehen gewohnt waren, deren Eifer aber Angesichts der preussischen Windmühlenpolitik sich in letzterer Zeit etwas abzukühlen beginnt. So schildert z. B. ein Artikel der D. Allg. Zeitung die gegenwärtige Lage der Dinge von Frankfurt a. M. aus in folgender Weise: „Die Dinge nahen sich hier in raschen Schritten einer Entscheidung; die großdeutsche Politik, ermutigt durch das zaudernde und unentschlossene Verfahren des preussischen Cabinets, bereitet sich vor, ihren höchsten Trumpf gegen ihre Gegner auszuspielen. Am 6. August, so erfahre ich aus bester Quelle, wurde in der Sitzung des sogenannten Plenum die Bildung des engern Rathes einstimmig beschlossen. Der Bevollmächtigte für Hessen-Darmstadt, Hr. v. Münch-Bellinghausen, war nicht zugegen, und soll nachträglich geäußert haben, daß er sich seine Entscheidung vorbehalten. Folgt diesem Beschlusse der Herren vom Plenum wirklich und unverzüglich die That, so wird die Sache damit auf eine Spitze getrieben, die jedes Laviren sowohl von der einen als der andern Seite unmöglich macht. Will der einmal constituirte engere Rath nicht zu einer lächerlichen Farce werden, so muß er mit der Einberufung des Plenums vorgehen und dieses dann gegen die widerstrebenden und es weder anerkennenden noch beschickenden Staaten die Bundesexecution verfügen. Befindet sich aber Preußen unter diesen, so ist es überflüssig, die Folgen davon auseinander zu setzen. Eine Execution gegen eine Macht, welche 500,000 Soldaten zu ihrer Vertheidigung stellen kann, ist ein europäischer Krieg. Andererseits kann Preußen nach den Verpflichtungen, welche seine Regierung feierlich gegen die Nation eingegangen, nach den wiederholten und bestimmten Erklärungen, die es bis zum heutigen Tage den Anforderungen Oesterreichs entgegengestellt hat, den engern Rath und das von ihm einzuberufende Plenum nicht beschicken und anerkennen, ohne auf ein Niveau moralischer Erniedrigung herabzusinken, wie die Monarchie Friedrich's des Großen nach der Schlacht bei Jena sie nicht zu erdulden hatte. Der Stärkste kann durch die Schläge des Geschicks zu Boden geworfen werden, schmachlich ist nur der Anblick einer Macht, die sich in thatloser Zaghaftigkeit dem Gebot ihrer Gegner beugt. Deshalb bin ich auch der Ansicht, daß hier die Grenze ist, wo die Nachgiebigkeiten des preussischen Cabinets ein Ende haben müssen und werden. Ich bin weit entfernt auf die politische Thatkraft der Rätthe Sr. preuß. Maj. übertriebene Hoffnungen zu setzen; aber ich halte sie doch endlich trotz aller ihrer diplomatischen Schwankungen und Schwächen für preussische Männer. An einer Alternative angelangt, wo jede preussische Faser sich gegen den Preußen angesonnenen Schimpf empören muß, werden sie nicht das Schauspiel einer Regierung geben, die völlig außerhalb des Bewusstseins der Nation steht, sie werden den übermüthigen Ausspruch, den

Zwölfter Jahrgang. III. Quartal.

Palmerston 1840 über das französische Gouvernement hinwarf, „man könne es durch ein Nadelöhr jagen“, nicht im Munde des Fürsten Schwarzenberg gegen sich selbst zur Wahrheit machen. Möge denn erfolgen, was da wolle, die Verantwortlichkeit für alles über Deutschland hereinbrechende Unglück wird auf die Häupter Derer kommen, die in strafbarer Vermessenheit es bis zu diesem Aeußersten getrieben haben. Wahrscheinlich ist es noch bei alledem, daß vor dem starrenden Wall preussischer Bajonnete der Muth der großdeutschen Politiker, deren Stärke nur in der Einschüchterung der Gegner, nicht in eigener Kraft besteht, zurückweichen und daß der verwegene Versuch, die deutsche Nation in den alten Wust bundestäglicher Zustände zu werfen, an seiner eigenen Ohnmacht kläglich scheitern werde.“ —

Aus Mainz erfährt man, daß Preußen in Folge der vom Wiener Cabinet ausgegangenen Weisung, den ferneren Durchmarsch badischer Truppen nöthigenfalls mit Gewalt zu hindern, sich veranlaßt gesehen hat, den preussischen Vicegouverneur der genannten Festung Ordre zugehen zu lassen, derartigen Maßregeln ebenfalls mit Waffengewalt entgegenzutreten. Wir hätten also einen kleinen Krieg zwischen den zwei Großmächten in einer deutschen Bundesfestung in Aussicht. Jedenfalls wird's aber auch hier bei der bloßen Drohung sein Bewenden haben.

Die bereits erwähnte Mobilmachung des 10. Armeecorps wird von allen Seiten bestätigt; angeblich sollen diese Truppen zum Schutze Holsteins aufgestellt werden, allein es unterliegt kaum einen Zweifel, daß damit nur eine Demonstration gegen Preußen ausgeführt werden soll. Letzteres ist im Begriff, durch Verstärkung der beiden Corps bei Kreuznach und Wehlar bis auf die Gesamtstärke von 60,000 M. eine Gegendemonstration zu machen. Eine Folge dieser Demonstrationen, womit sich die Diplomatie gegenseitig zu fürchten macht, läßt sich mit Gewißheit voraussagen, nämlich die, daß dadurch dem Volke das Geld aus dem Beutel demonstriert wird. Denn solche Dinge kosten Geld, viel Geld.

In Wiesbaden geht's gegenwärtig hoch her. Es haben sich nämlich dort eine nicht geringe Anzahl französischer Legitimisten um den Herzog von Bordeaux versammelt, und man legt den Berathungen dieser Partei selbst in Frankreich nicht geringen Werth bei, da im Grunde Niemand recht ehrlich an eine lange Fortdauer der Napoleon'schen Wirthschaft glaubt, und bei einem neuen Umschwunge die Legitimisten sich Rechnung auf den Sieg ihrer Partei machen. Um diesen Sieg zu erleichtern, wird die Vereinigung der beiden königlichen Linien (Bourbons und Orleans) auch in Wiesbaden erstrebt werden. Man erwartet dort mehre Staatsmänner, welche mit dem Erbkönig Ludwig Philipp in enger Verbindung stehen.

Eine Cabinetsänderung in Hessen-Darmstadt deutet darauf hin, daß auch die dortige Regierung sich nicht abgeneigt zeigt, Hand in Hand mit Oesterreich und seinen Genossen die Wiederherstellung des alten Bundestages zu fördern. So sieht Preußen einen Verbündeten nach dem anderen in's österreichische Lager übergehen. Ob es begründet ist, daß selbst der Großherzog von Baden in seinem Fest-